

Der US-Kolumnist und Autor Glenn Greenwald wirft dem US-Präsidenten Obama vor, nach geheimen Abschusslisten, die er vorher genehmigt hat, gezielt "terrorverdächtige" Ausländer und US-Bürger ermorden zu lassen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 029/10 – 29.01.10**

Der Präsident lässt auch US-Bürger ermorden

Als Bush ohne Anklage Ausländer einsperren ließ, führte das zu einer Kontroverse, und was ist mit der Ermordung von US-Bürgern?

Von Glenn Greenwald

SALON, 27.01.10

(<http://www.salon.com/opinion/greenwald/2010/01/27/yemen/index.html>)

(Die US-Journalistin) Dana Priest hat heute in der der WASHINGTON Post berichtet, dass "Teams des US-Militärs und amerikanischer Geheimdienste tief in gemeinsame Geheimoperationen mit jemenitischen Truppen verstrickt sind, bei denen in den letzten sechs Wochen unzählige Menschen umgebracht wurden" (s. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2010/01/26/AR2010012604239.html?hpid=topnews>). Das ist natürlich keine Überraschung, weil der Jemen jetzt – zusammen mit Somalia und Pakistan – ein weiteres überwiegend muslimisches Land ist, in dem sich unser Militär insgeheim in unbekanntem Ausmaß an Kampfoperationen beteiligt – ohne jede Kriegserklärung, ohne jede öffentliche Debatte und vermutlich, aber nicht ganz sicher ohne Zustimmung des Kongresses. (Am 18. September 2001 hat der US-Kongress ein Gesetz verabschiedet, das den Einsatz von US-Truppen ohne besondere Genehmigung gestattet, wenn den USA Gefahr droht, s. <http://news.findlaw.com/wp/docs/terrorism/sjres23.es.html> .) Bis heute ist unbekannt, welche Rolle die Vereinigten Staaten in den Raketen-Angriffen gespielt haben, die Ende Dezember 2009 im Jemen zahlreiche Menschen getötet haben.

Eingebettet in den Artikel ist Dana Priests Enthüllung, dass jetzt auch US-Bürger auf eine geheime "Abschussliste" kommen, auf der Menschen stehen, deren Tötung der Präsident persönlich genehmigt hat:

Nach den Anschlägen am 11. September gab Bush der CIA und später auch dem Militär – wie Offizielle beider Organisationen mitteilten – die Erlaubnis, im Ausland auch US-Bürger zu töten, wenn zuverlässige Beweise dafür vorlagen, dass sie an der Organisation oder Ausführung von Terroranschlägen beteiligt waren, die sich gegen die Vereinigten Staaten oder gegen US-Interessen richteten.

Die Obama-Regierung hat diese Praxis übernommen. Wenn sich ein US-Bürger der Al-Qaida anschließt, "wird er wie bisher ins Visier genommen," erklärte ein führender Regierungsvertreter. "Er gehört dann zu unseren Feinden."

Sowohl die CIA als auch das Joint Special Operations Command / JSOC (das gemeinsame Kommando aller Waffengattungen für Spezialoperationen, s. http://de.wikipedia.org/wiki/United_States_Joint_Special_Operations_Command) führen Listen von Personen, die als 'High Value Targets' (hochwertige Ziele) oder 'High Value Individuals' (besonders wichtige Individuen) eingestuft und zu töten oder festzunehmen sind. Auf der JSOC-Liste befinden sich auch drei US-Amerikaner, darunter der in New Mexico geborene muslimische Prediger Anwar al-Awlaki, dessen Name gegen Ende letzten Jahres hinzugefügt wurde (s. http://en.wikipedia.org/wiki/Anwar_al-Aw-

[laki](#)). Vor mehreren Monaten enthielt auch die CIA-Liste drei US-Bürger; nach Angaben eines Geheimdienst-Mitarbeiters wurde jetzt auch noch der Name al-Awlaki hinzugefügt.

Anwar al-Awlaki war offensichtlich eine der Hauptzielpersonen bei den Raketenangriffen, die Ende Dezember im Jemen stattfanden, weil Offizielle, die anonym bleiben wollten, aufgeregt verkündet hatten, er sei dabei getötet worden – was sich aber als unzutreffend herausgestellt hat. (Infos dazu sind aufzurufen unter http://www.nypost.com/p/news/national/fort_hood_imam_blow_n_up_yemen_k1ktJYRAKYvJoDJZ9fJ0jl .)

Denken Sie einmal eine Minute über Folgendes nach: Barack Obama beansprucht genau wie George Bush vor ihm die Befugnis, die Ermordung amerikanischer Bürger zu befehlen, nur weil – ohne Überprüfung, ohne Anklage und ohne Untersuchung – von ihnen behauptet wird, sie hätten Verbindungen zu Terroristen und stellen "eine ständige und akute Bedrohung für die Bevölkerung und die Interessen der USA dar". Sie werden weder angeklagt, noch vor Gericht gestellt und erhalten keine Möglichkeit, sich zu den Anschuldigungen zu äußern. Erstaunlicherweise hat die Praxis der Bush-Administration, Ausländer – zusammen mit einigen US-Bürgern – ohne Anklage einzusperren, nur weil sie der Präsident beschuldigte, Terroristen zu sein, ein Jahre andauernde heftige Kontroverse ausgelöst. Man wird sich daran erinnern, dass dieses Vorgehen als schwerer Verstoß gegen die Verfassung angesehen wurde. Sollten die ohne jede rechtliche Grundlage gegen US-Bürger gerichteten Mordbefehle – nicht nur Haftbefehle – Obamas dann nicht wenigstens eine ähnliche Kontroverse hervorrufen?

Wenn sich US-Soldaten auf einem Schlachtfeld befinden, haben sie wie alle Soldaten das Recht, ihre sie bekämpfenden Gegner zu töten, auch dann, wenn es US-Bürger sind. Das gehört zum Wesen des Krieges. Deshalb dürfen gegnerische Kämpfer auf dem Schlachtfeld zwar getötet, aber nach ihrer Gefangennahme und Inhaftierung keinesfalls gefoltert werden. Aber hier geht es ja nicht um Kämpfe. Die Menschen auf den "Abschusslisten" sollen zu Hause getötet werden, während sie schlafen, in einem Auto Freunde oder Familienmitglieder besuchen oder irgendwelchen friedlichen Tätigkeiten nachgehen. Und was dabei noch fragwürdiger ist: Die Obama-Regierung betrachtet – wie die Bush-Administration vor ihr – die ganze Welt als "Schlachtfeld" (s. <http://www.aclu.org/theworldisnotabattlefield/>). Der Präsident beansprucht also die Macht, US-Bürger überall auf der Welt töten zu lassen, auch dann, wenn sie den unkriegereichsten Beschäftigungen nachgehen, weit entfernt von jedem Kampfgeschehen; und das geschieht nach Beschuldigungen, die vom Hörensagen stammen, ohne gerichtliche Überprüfung oder andere Kontrollmaßnahmen. Sie beruhen nur auf der Willkür des US-Präsidenten.

Wie wir aus den letzten acht Jahren wissen, rechtfertigen autoritätshörige Vertreter beider Parteien dieses Vorgehen damit, dass die Ermordeten Terroristen seien und den Tod verdient hätten. In Wirklichkeit beschuldigt sie die US-Regierung aber nur, Terroristen zu sein, was – außer in den Köpfen autoritärer Menschen – nicht beweist, dass sie auch tatsächlich Terroristen sind. Zahlreiche Guantánamo-Häftlinge, die von der US-Regierung beschuldigt wurden, Terroristen zu sein, haben sich als völlig unschuldig erwiesen (s. <http://www.foxnews.com/politics/2009/03/19/ex-bush-official-guantanamo-bay-innocent/>), und die große Mehrheit der Bundesrichter, die sich mit der Überprüfung der unrechtmäßigen Inhaftierung von Gefangenen befassten, haben festgestellt, dass es für die gegen diese vorgebrachten Anschuldigungen keinerlei Beweise gab und ihre Freilassung angeordnet. Das traf auf die meisten der Gefangenen zu, während die US-Regierung darauf beharrte, nur "die Schlimmsten der Schlimmsten" eingesperrt zu haben.

Eigentlich sollten vernünftige Leute nicht davon ausgehen, dass Anschuldigungen der Re-

gierung immer wahr sind, aber für diejenigen, die das immer noch glauben, gibt es einen ganzen Berg Gegenbeweise (wie im Fall des Deutschen Murat Kurnaz, s. <http://www.guardian.co.uk/books/2008/apr/23/extract> und <http://www.perlentaucher.de/buch/26918.html>) Auch Anwar al-Awlaki – der sich trotz seines Namens und seiner Religion mit dem gleichen Recht wie Scott Brown und seine Töchter Amerikaner nennen darf (s. <http://digbyblog.blogspot.com/2010/01/visceral-comfort-by-digby-sometimes.html>) – hat eine Familie, die heftig bestreitet, dass er ein Terrorist ist, und deshalb die US-Regierung "anfleht" (s. <http://abcnews.go.com/Blotter/us-mulls-legality-killing-american-al-qaeda-turncoat/story?id=9651830&page=2>), ihren amerikanischen Sohn nicht zu ermorden:

Sichtbar in großer Sorge sagte der Vater von Anwar al-Awlaki in (dem US-TV-Sender) CNN, sein Sohn sei kein Al-Qaida-Mitglied und verberge sich auch nicht bei Terroristen im Süd-Jemen. (s. <http://edition.cnn.com/2010/WORLD/meast/01/10/yemen.al.awlaki.father/index.html>)

"Ich habe Angst, dass sie meinem Sohn etwas antun werden; er hat nichts mit Osama bin Laden tun, sie wollen etwas aus ihm machen, was er nicht ist," sagte Dr. Nasser al-Awlaki, der Vater des als Amerikaner geborenen islamischen Geistlichen Anwar al-Awlaki. ...

"Ich werde mein Bestes tun, um meinen Sohn davon zu überzeugen, dass er zurückkommen und sich stellen soll; sie lassen mir aber keine Zeit, weil sie meinen Sohn töten wollen. Wie kann die amerikanische Regierung einen ihrer eigenen Bürger töten? Das ist ein juristisches Problem, das gelöst werden muss," erklärte er.

"Wenn sie mir Zeit ließen, könnte ich Kontakt zu meinem Sohn aufnehmen; das Problem ist aber, dass sie mir keine Zeit geben," fügte er hinzu.

Wer weiß, was in diesem Fall die Wahrheit ist? Deshalb muss es ja ein Gerichtsverfahren oder wenigstens eine gerichtliche Untersuchung geben, damit überprüft werden kann, ob die Anschuldigungen der Regierung zutreffen, bevor eine angemessene Strafe verhängt wird. Marcy Wheeler hat festgestellt, dass die US-Regierung in der Vergangenheit nicht nur Ausländer, sondern auch US-Bürger wiederholt zu Unrecht beschuldigt hat, Terroristen zu sein. Sie gab zu bedenken: "Wenn der Präsident wirklich einen US-Bürger ermorden lassen will, hindert ihn auch dessen Staatsbürgerschaft nicht daran." (s. <http://emptywheel.firedoglake.com/2010/01/26/the-list-of-us-citizens-targeted-for-killing/>)

In einer 1981 von Ronald Reagan unterzeichneten Präsidentenerlass steht: "Keine Person, die von der US-Regierung beschäftigt wird oder in ihrem Auftrag handelt, soll einen Mord begehen oder sich an der Vorbereitung eines Mordes beteiligen." (s. <http://www.tscm.com/EO12333.html>) Schon bevor die Genfer Konventionen in Kraft traten, hat Abraham Lincoln – mitten im Bürgerkrieg – Francis Lieber angewiesen, Regeln für das Verhalten im Krieg aufzustellen; sie wurden als General Order 100 (als 100. Tagesbefehl) im April 1863 von Lincoln unterzeichnet. Es folgt ein Zitat aus dem Abschnitt IX, in dem es um "Mord" geht:

Nach dem Kriegsrecht ist nicht erlaubt, einem Angehörigen der feindlichen Armee, einem Bürger oder Vertreter der feindlichen Regierung seine Rechte zu nehmen und ihn ohne Gerichtsverhandlung zu ergreifen und umzubringen, zumal das moderne Friedensrecht diese vorsätzliche Entrechtung verbietet; es verabscheut im Gegenteil ein solches Verbrechen. Wer nach dieser Klarstellung noch einen Mord begeht, soll von jeder Autorität aufs schwerste bestraft werden. Zivilisierte Nationen erleben mit Entsetzen, dass für die Ermordung von Feinden auch noch Belohnungen ausgesetzt

werden und sehen das als Rückfall in die Barbarei. (s. <http://www.suvcw.org/education/documents/liebercode.htm>)

Glaubt irgendjemand, was die Obama-Regierung tut, sei mit dieser rechtschaffenen Erklärung zu vereinbaren? Oder ganz generell, auf welche gesetzliche Basis beruft sich der Präsident, wenn er eigenmächtig "Abschusslisten" erstellen lässt, auf denen auch US-Bürger stehen, die getötet werden sollen?

Am erschütterndsten ist, was erst kürzlich bekannt wurde: In Afghanistan haben die USA eine "Abschussliste" mit afghanischen Bürgern erstellt, die verdächtigt werden, Drogenhändler oder Sympathisanten der Taliban zu sein, und deshalb umgebracht werden sollen. Als diese Abschussliste ans Licht kam, erhoben afghanische Offizielle "entschiedenen Protest" – mit der Begründung, damit entwerfe man anstehende Prozesse und verletze den Rechtsgrundsatz, dass Menschen nicht ohne Gerichtsverhandlung getötet werden dürfen:

General Mohammad Daud Daud, der für die Bekämpfung des Rauschgifthandels zuständige stellvertretende Innenminister Afghanistans, lobte kürzlich britische und US-Spezialtruppen für ihre Hilfe beim Zerstören von Rauschgiftlabors und Opiumdepots. Er zeigt sich aber besorgt darüber, dass ausländische Truppen jetzt selbstständig Personen töten, die mit geheimen Beweisen als Drogenhändler beschuldigt werden, anstatt sie auszuliefern, damit sie vor Gericht gestellt werden können.

"Sie sollten unsere Gesetze, unsere Verfassung und unsere Rechtsvorschriften respektieren," sagte Daud. "Wir haben die Verpflichtung, diese Leute selbst einzusperren."

Ali Ahmad Jalali, ein ehemaliger afghanischer Innenminister, äußerte, er habe das Pentagon und seine NATO-Verbündeten lange bekümmert, entschieden gegen Rauschgiftschmuggler und Lieferanten vorzugehen; er freue sich, dass die Militärallianz jetzt endlich bereit sei, die afghanische Polizei im Kampf gegen den Drogenhandel zu unterstützen. Die ausländischen Truppen sollten aber nicht der Versuchung erliegen, die Drogenhändler selbst zu jagen und zu töten.

"Da gibt es ein Problem in unserer Verfassung. Eine Person ist so lange unschuldig, bis ihre Schuld erwiesen ist," erklärte er. "Wenn Sie losziehen, um die Personen zu töten oder zu festzunehmen, wie wollen Sie ihnen beweisen, dass sie nach rechtlichen Maßstäben wirklich schuldig sind?" (s. <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/10/23/AR2009102303709.html>)

Eigentlich sind wir doch in Afghanistan, um dem Land die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit und die grundlegenden Prinzipien der westlichen Justiz zu vermitteln. Stattdessen protestieren afghanische Offizielle heftig gegen die gesetzlose Ermordung ihrer Bürger nach einer ungesetzlichen "Abschussliste", die auf unbewiesenen Behauptungen der US-Regierung beruht; sie müssen uns ermahnen, ihre Gesetze und ihre Verfassung zu achten. In scharfem Kontrast dazu scheinen unsere eigene Regierung, unsere Medien und unsere Bevölkerung nichts Ungesetzliches daran zu finden, wenn wir mit ungesetzlichen Morden auch unsere eigenen Bürger umbringen. Ich möchte denen, die Bushs und Cheneys Inhaftierungspraxis kritisiert haben, aber diese Morde verteidigen, folgende Frage nicht ersparen: Warum habt ihr dagegen protestiert, dass ausländische Staatsbürger ohne Anklage und Verfahren in Guantánamo inhaftiert wurden, und lasst jetzt zu, dass US-Bürger ohne Anklage oder Verfahren einfach ermordet werden?

(Wir haben Glenn Greenwalds Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab. Informationen über den Autor sind aufzurufen unter http://en.wikipedia.org/wiki/Glenn_Greenwald .)



salon.com

Presidential assassinations of U.S. citizens

It was controversial when Bush imprisoned foreign nationals without charges; what about killing U.S. citizens?

Glenn Greenwald
Jan. 27, 2010 |

The Washington Post's Dana Priest today reports that "U.S. military teams and intelligence agencies are deeply involved in secret joint operations with Yemeni troops who in the past six weeks have killed scores of people." That's no surprise, of course, as Yemen is now another predominantly Muslim country (along with Somalia and Pakistan) in which our military is secretly involved to some unknown degree in combat operations without any declaration of war, without any public debate, and arguably (though not clearly) without any Congressional authorization. The exact role played by the U.S. in the late-December missile attacks in Yemen, which killed numerous civilians, is still unknown.

But buried in Priest's article is her revelation that American citizens are now being placed on a secret "hit list" of people whom the President has personally authorized to be killed:

After the Sept. 11 attacks, Bush gave the CIA, and later the military, authority to kill U.S. citizens abroad if strong evidence existed that an American was involved in organizing or carrying out terrorist actions against the United States or U.S. interests, military and intelligence officials said. . . .

The Obama administration has adopted the same stance. If a U.S. citizen joins al-Qaeda, "it doesn't really change anything from the standpoint of whether we can target them," a senior administration official said. "They are then part of the enemy."

Both the CIA and the JSOC maintain lists of individuals, called "High Value Targets" and "High Value Individuals," whom they seek to kill or capture. The JSOC list includes three Americans, including [New Mexico-born Islamic cleric Anwar] Aulaqi, whose name was added late last year. As of several months ago, the CIA list included three U.S. citizens, and an intelligence official said that Aulaqi's name has now been added.

Indeed, Aulaqi was clearly one of the prime targets of the late-December missile strikes in Yemen, as anonymous officials excitedly announced -- falsely, as it turns out -- that he was killed in one of those strikes.

Just think about this for a minute. Barack Obama, like George Bush before him, has claimed the authority to order American citizens murdered based solely on the unverified, uncharged, unchecked claim that they are associated with Terrorism and pose "a continuing and imminent threat to U.S. persons and interests." They're entitled to no charges, no tri-

al, no ability to contest the accusations. Amazingly, the Bush administration's policy of merely imprisoning foreign nationals (along with a couple of American citizens) without charges -- based solely on the President's claim that they were Terrorists -- produced intense controversy for years. That, one will recall, was a grave assault on the Constitution. Shouldn't Obama's policy of ordering American citizens assassinated without any due process or checks of any kind -- not imprisoned, but killed -- produce at least as much controversy?

Obviously, if U.S. forces are fighting on an actual battlefield, then they (like everyone else) have the right to kill combatants actively fighting against them, including American citizens. That's just the essence of war. That's why it's permissible to kill a combatant engaged on a real battlefield in a war zone but not, say, torture them once they're captured and helplessly detained. But combat is not what we're talking about here. The people on this "hit list" are likely to be killed while at home, sleeping in their bed, driving in a car with friends or family, or engaged in a whole array of other activities. More critically still, the Obama administration -- like the Bush administration before it -- defines the "battlefield" as the entire world. So the President claims the power to order U.S. citizens killed anywhere in the world, while engaged even in the most benign activities carried out far away from any actual battlefield, based solely on his say-so and with no judicial oversight or other checks. That's quite a power for an American President to claim for himself.

As we well know from the last eight years, the authoritarians among us in both parties will, by definition, reflexively justify this conduct by insisting that the assassination targets are Terrorists and therefore deserve death. What they actually mean, however, is that the U.S. Government has accused them of being Terrorists, which (except in the mind of an authoritarian) is not the same thing as being a Terrorist. Numerous Guantanamo detainees accused by the U.S. Government of being Terrorists have turned out to be completely innocent, and the vast majority of federal judges who provided habeas review to detainees have found an almost complete lack of evidence to justify the accusations against them, and thus ordered them released. That includes scores of detainees held while the U.S. Government insisted that only the "Worst of the Worst" remained at the camp.

No evidence should be required for rational people to avoid assuming that Government accusations are inherently true, but for those who do need it, there is a mountain of evidence proving that. And in this case, Anwar Aulaqi -- who, despite his name and religion, is every bit as much of an American citizen as Scott Brown and his daughters are -- has a family who vigorously denies that he is a Terrorist and is "pleading" with the U.S. Government not to murder their American son:

His anguish apparent, the father of Anwar al-Awlaki told CNN that his son is not a member of al Qaeda and is not hiding out with terrorists in southern Yemen.

"I am now afraid of what they will do with my son, he's not Osama Bin Laden, they want to make something out of him that he's not," said Dr. Nasser al-Awlaki, the father of American-born Islamic cleric Anwar al-Awlaki. . . .

"I will do my best to convince my son to do this (surrender), to come back but they are not giving me time, they want to kill my son. How can the American government kill one of their own citizens? This is a legal issue that needs to be answered," he said.

"If they give me time I can have some contact with my son but the problem is they are not giving me time," he said.

Who knows what the truth is here? That's why we have what are called "trials" -- or at least some process -- before we assume that government accusations are true and then mete out punishment accordingly. As Marcy Wheeler notes, the U.S. Government has not only repeatedly made false accusations of Terrorism against foreign nationals in the past, but against U.S. citizens as well. She observes: "I guess the tenuousness of those ties don't really matter, when the President can dial up the assassination of an American citizen."

A 1981 Executive Order signed by Ronald Reagan provides: "No person employed by or acting on behalf of the United States Government shall engage in, or conspire to engage in, assassination." Before the Geneva Conventions were first enacted, Abraham Lincoln -- in the middle of the Civil War -- directed Francis Lieber to articulate rules of conduct for war, and those were then incorporated into General Order 100, signed by Lincoln in April, 1863. Here is part of what it provided, in Section IX, entitled "Assassinations":

The law of war does not allow proclaiming either an individual belonging to the hostile army, or a citizen, or a subject of the hostile government, an outlaw, who may be slain without trial by any captor, any more than the modern law of peace allows such intentional outlawry; on the contrary, it abhors such outrage. The sternest retaliation should follow the murder committed in consequence of such proclamation, made by whatever authority. Civilized nations look with horror upon offers of rewards for the assassination of enemies as relapses into barbarism.

Can anyone remotely reconcile that righteous proclamation with what the Obama administration is doing? And more generally, what legal basis exists for the President to unilaterally compile hit lists of American citizens he wants to be killed?

What's most striking of all is that it was recently revealed that, in Afghanistan, the U.S. had compiled a "hit list" of Afghan citizens it suspects of being drug traffickers or somehow associated with the Taliban, in order to target them for assassination. When that hit list was revealed, Afghan officials "fiercely" objected on the ground that it violates due process and undermines the rule of law to murder people without trials:

Gen. Mohammad Daud Daud, Afghanistan's deputy interior minister for counternarcotics efforts, praised U.S. and British special forces for their help recently in destroying drug labs and stashes of opium. But he said he worried that foreign troops would now act on their own to kill suspected drug lords, based on secret evidence, instead of handing them over for trial.

"They should respect our law, our constitution and our legal codes," Daud said. "We have a commitment to arrest these people on our own"

Ali Ahmad Jalali, a former Afghan interior minister, said that he had long urged the Pentagon and its NATO allies to crack down on drug smugglers and suppliers, and that he was glad that the military alliance had finally agreed to provide operational support for Afghan counternarcotics agents. But he said foreign troops needed to avoid the temptation to hunt down and kill traffickers on their own.

"There is a constitutional problem here. A person is innocent unless proven guilty," he said. "If you go off to kill or capture them, how do you prove that they are really guilty in terms of legal process?" . . .

So we're in Afghanistan to teach them about democracy, the rule of law, and basic pre-

cepts of Western justice. Meanwhile, Afghan officials vehemently object to the lawless, due-process-free assassination "hit list" of their citizens based on the unchecked say-so of the U.S. Government, and have to lecture us on the rule of law and Constitutional constraints. By stark contrast, our own Government, our media and our citizenry appear to find nothing wrong whatsoever with lawless assassinations aimed at our own citizens. And the most glaring question for those who criticized Bush/Cheney detention policies but want to defend this: how could anyone possibly object to imprisoning foreign nationals without charges or due process at Guantanamo while approving of the assassination of U.S. citizens without any charges or due process?

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern